



„Es kommt darauf an, das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU zu stoppen. Dieses Abkommen gefährdet uns, unsere Kinder, die Tiere und die Umwelt. Chlorhühnchen, Hormonfleisch und Gentechnik auf dem Teller lehnen wir ab! Stattdessen brauchen wir eine Landwirtschaft, in der bäuerliche Betriebe gefördert werden statt Massentierhaltung und Export.“

Hubert Weiger, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Demonstration „Wir haben es satt“, Berlin, Januar 2014

Für ein global gerechtes Europa

In Nordrhein-Westfalen engagieren sich tausende Menschen in über 3.000 Eine Welt-Gruppen, Initiativen und Verbänden, dazu kommen noch viele Gruppen zu Umwelt- und Naturschutz. Für die Ziele dieser Engagierten sind die politischen Entscheidungen, die in Brüssel auf der Ebene der Europäischen Union getroffen werden, von großer Tragweite. Doch die politische Ebene, die den Menschen und ihrem Engagement am nächsten ist, ist diejenige vor Ort in den Städten und Gemeinden. Deshalb haben die Wahlen zum Europäischen Parlament ebenso wie die Kommunalwahlen in NRW vom 23. Mai 2014 in unseren Augen eine hohe Bedeutung für die Themen der Nachhaltigkeit und der globalen Gerechtigkeit.

Wir wollen, dass die neu gewählten Mandatsträger in Europa und in den Kommunen sich für mehr globale Gerechtigkeit einsetzen. Unser Europa und unsere Kommunen müssen global gerechter und ökologisch nachhaltiger werden. Entwicklungszusammenarbeit, Umweltpolitik und Klimaschutz müssen eng miteinander verzahnt werden. Wir erwarten nicht weniger, als dass die Mandatsträger die Überwindung der Armut in den Städten, in Europa und weltweit ebenso zu ihrer wichtigsten Aufgabe machen wie den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen vor unserer Haustür, in Europa und auf unserer ganzen Erde. ■

Inhalt:

Flüchtlinge	2
Klimaschutz	3
Import-Kohle	5
Export-Hähnchen	7



Das Eine Welt Netz NRW ist Mitglied im Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO). Gemeinsam mit über 100 Organisationen fordern wir die neuen Abgeordneten des Europäischen Parlaments dazu auf, das internationale Engagement der EU global gerechter und ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Die sieben wichtigsten Forderungen sind:



Europas Flüchtlingspolitik: Ein Mangel an Menschlichkeit

Obwohl die Flüchtlingstragödien im Mittelmeer große Aufmerksamkeit erhalten, ist bislang keine politische Antwort gefunden worden, um die Not der Schutzsuchenden zu lindern. Stattdessen wurden weitere Maßnahmen zur Abschottung der europäischen Außengrenzen beschlossen. Das Grenzüberwachungssystem Eurosur hat Anfang Dezember 2013 seinen Betrieb aufgenommen. Brot für die Welt, medico international und PRO ASYL appellieren ebenso wie viele weitere Initiativen an die Staats- und Regierungschefs der EU, eine menschenrechtsbasierte Neuausrichtung der Flüchtlings- und Migrationspolitik zu beschließen und nicht weiterhin auf Abwehr zu setzen.

„Wir sehen, dass mehr Kontrolle nicht mehr Überlebenssicherheit, sondern im Gegenteil mehr Tod und Verfolgung schafft. Die betroffenen Länder verwandeln sich für Flüchtlinge in gefängnisähnliche Zonen“, so Martin Glasenapp von medico international. Europas Politik gefährde auch den sozialen Zusammenhalt in den betroffenen Gesellschaften. „Als Anreiz für die Kooperationsbereitschaft von Drittstaaten bei der Migrationskontrolle wird den Ländern von der EU dann Entwicklungshilfe angeboten – diese Bedingung auf Kosten der Rechte von Schutzsuchenden ist inakzeptabel.“ ■



Klimaflüchtlinge im Distrikt Shyamnagar in Süd-Bangladesh. „Brot für die Welt“ fördert dort anpassende Maßnahmen an den Klimawandel. Ziel ist, dass die Menschen trotz der Klimaveränderungen überleben können. Möglich wird dies z.B. durch salzresistentes Saatgut, Mangrovenpflanzungen, Schutzbauten und verbesserte Hausbauweise.

Das EU-Parlament soll den Export von Nahrungsmitteln und das „Crabbing“ von Land und Fischgründen abbauen, weil diese z.B. in Afrika den Aufbau eigener Agrar- und Fischerei-Wirtschaften behindern.



Francisco Pérez, Präsident einer Organisation von Indigenen, zeigt auf eine Karte, die die Abholzung des Waldes verdeutlicht. Die Landflächen werden danach vorwiegend für den industriellen Anbau von Zuckerrohr, Soja oder Färberdiestel genutzt. Im argentinischen Chaco machen skrupellose Vertreter des Agrobusiness den indigenen Völkern ihr Land streitig. Mit Hilfe moderner Geoinformationssysteme und engagierter Lobbyarbeit verhilft die Organisation ASOCIANA, Partner von „Brot für die Welt“, den Indigenen zu ihrem Recht.

Die Abgeordneten sollen sich im Europa-Parlament für den Vorrang für Menschenrechte in der Flüchtlingspolitik einsetzen. Flüchtlinge müssen mit Würde behandelt werden und die Lasten ihrer Versorgung sollen auf alle Länder der EU gerecht verteilt werden.



Die Politiker sollen ein EU-Klima- und Energiepaket unterstützen, das diese verbindlichen Ziele bis 2030 enthält: 45 % Anteil Erneuerbarer Energien, 55 % CO₂-Emissions-Minderung und eine Senkung des Energieverbrauchs in der EU um 35 %.



Fischer mit Holzbooten in einer der überfluteten Regionen in der Nähe von Shyamnagar in Süd-Bangladesh. Hier sind die Auswirkungen des Klimawandels besonders hart zu spüren.



Brüssels Klimapolitik braucht mehr Druck aus Paris und Berlin

Europa entscheidet in den nächsten Monaten über die Zukunft seiner Klima- und Energiepolitik. Mit Blick auf den UN-Klimagipfel 2015 in Paris und die EU-Klima- und Energieziele für 2030 wäre ein deutsch-französisches Klimatandem sehr hilfreich. Die neue Bundesregierung soll sich für ambitionierte Ziele in der EU einsetzen:

- Die Treibhausgas-Emissionen der EU sollen um mindestens 55 Prozent bis 2030 reduziert werden.
- Der Anteil Erneuerbarer Energien am Energieverbrauch der EU soll bis 2030 bei 45 Prozent liegen.
- Der Energieverbrauch der EU soll bis 2030 um 40 Prozent gesenkt werden.

Es ist ein positives Signal, dass Frankreich und Deutschland im Februar 2014 vereinbart haben, sich gemeinsam für Erneuerbare Energien und Klimaschutz

in Europa einzusetzen. Allerdings ist es enttäuschend, dass beide Regierungen nur mindestens 40 Prozent Treibhausgasreduktion bis 2030 für die EU anstreben wollen. National verpflichtende Ziele für den Ausbau von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz fehlen im Weißbuch der Kommission ganz. ■

STEFAN ROSTOCK | Eine Welt-Promotor für Klima und Entwicklung | Germanwatch in Bonn

Arabische NGO fordern bessere Klimaziele

Angela Merkel erhielt zusammen mit den anderen 27 Staats- und Regierungschefs der EU im März 2014 einen offenen Brief aus Nordafrika und Nahost. Die 22 Umwelt- und Entwicklungsverbände forderten sie darin auf, weitergehende Klima- und Energieziele für 2030 zu beschließen als von der Europäischen Kommission vorgelegt. Die NGO argumentierten, dass ihre eigenen Regierungen einem neuen Klimaabkommen sonst nur schwer zustimmen könnten. Ohne die Option, in der Zukunft grünen Strom nach Europa zu exportieren, würde die Motivation der südlichen Mittelmeeranrainer geschwächt, selber ein nachhaltiges Energiesystem aufzubauen. ■

Am 8. März 2012 präsentierten Frauen aus dem Dorf Rajeswar in Bangladesch ein auf einem Sockel gebautes Betonhaus. In diesem „Cyclone Shelter“ können die Bewohner des Dorfes bei Überschwemmungen Zuflucht suchen. Bauherr ist die einheimische NGO Nabolok, eine Partnerorganisation von „Brot für die Welt“.



In den Krallen des Chlorhuhns

Im Juni 2013 haben EU und USA Verhandlungen über eine „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ (Transatlantic Trade and Investment Partnership - TTIP) aufgenommen. Dabei soll die größte Freihandelszone der Welt entstehen. Man erhofft sich davon mehr Wachstum und zwei Millionen Arbeitsplätze für den Westen – und außerdem will man so dafür sorgen, dass der Westen die Gestaltungsmacht für globales Wirtschaften nicht an China verliert. Erreicht werden soll das durch den Abbau von Handelshemmnissen: als solche betrachtet man zum Beispiel die unterschiedlichen Standards für Verbraucher- und Datenschutz, im Umweltschutz und bei Gesundheitsfragen. Große Sorgen verursacht außerdem die geplante Schiedsgerichtsbarkeit, in der Konzerne bei den Staaten Schadensersatz einklagen können. Diese Regelung droht die nationalen Rechtssysteme zu unterlaufen.

Der Widerstand gegen das TTIP-Abkommen wächst. Viele Organisationen haben sich im deutschen Bündnis www.ttip-unfairhandelbar.de zusammengeschlossen. Sie kritisieren vor allem die Geheimhaltung der Verhandlungen: Während viele große Konzerne mit am Verhandlungstisch sitzen, müssen das Volk und seine Vertreter draußen bleiben: selbst die Abgeordneten des Deutschen Bundestages fühlen sich nur unzureichend informiert. Die Menschen in Europa sorgen sich vor allem um die Absenkung ihrer Sozial- und Umweltstandards, z.B. bei der Erdgasgewinnung durch Fracking. Sie wollen nicht, dass Gentechnik und das gefürchtete „amerikanische Chlorhuhn“ auf ihren Tellern landet. ■

PIA UCAR | Eine Welt-Promotorin für Ostwestfalen-Lippe



Während der vierten Verhandlungsrunde für das Freihandelsabkommen TTIP demonstrierten am 11. März 2014 Engagierte aus Europa und Nordamerika gemeinsam in Brüssel.

Die EU hat durch ihre einseitig an europäischen Wirtschaftsinteressen orientierten Handelsabkommen viel Glaubwürdigkeit eingebüsst. Die EU-Parlamentarier sollen sich dafür einsetzen, dass die Interessen von Entwicklungsländern im Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) berücksichtigt werden, anstatt den Wettbewerbsdruck in unfairer Weise zu erhöhen.



KOMMENTAR

Freihandel oder Entwicklung?

Es ist zu befürchten, dass das TTIP als Vorbild für künftige Freihandelsabkommen dienen soll und damit als Druckmittel gegen den Süden eingesetzt wird. In bilateralen Abkommen setzen sich die stärkeren Vertragspartner durch. Wenn das Abkommen die Macht der Konzerne stärkt, erschwert das z.B. für Millionen Menschen im Süden den Zugang zu bezahlbaren Medikamenten. TTIP ist das Gegenteil von globaler Nachhaltigkeit.

PIA UCAR | Eine Welt-Promotorin für Ostwestfalen-Lippe



Steinkohleminen El Cerrejón in Kolumbien und Proteste gegen den Abbau: „Kein Bergbau mehr“

Kommunen, Kohle und Kolumbien

Gloria Holguín von der kolumbianischen Organisation Pensamiento y Acción Social war im März Gast des Eine Welt Netz NRW bei der



Eine Welt Landeskongress. Dort und auch bei einer Anhörung vor Mitgliedern des NRW-Landtagsausschusses für Wirtschaft und Energie am 19. März brachte sie ihre Kritik klar auf den Punkt: Kohlebergbau schafft in Kolumbien keine Entwicklung. Es zerstört die Umwelt, Menschen werden vertrieben, ihre Gesundheit wird zerstört, die Rechte der Arbeiter werden verletzt. Der Bergbau kenne keinen Respekt vor

den Menschen und vor der Natur. Die Menschen verlieren ihr Land und damit die Grundlage dafür, sich zu ernähren. Der wichtigste Fluss der Region veränderte seine Fließrichtung, Fischfang ist nicht mehr möglich. In den zwei ärmsten Regionen Kolumbiens, in denen die Kohle abgebaut wird, leiden die Menschen wieder an Hunger. Allen Abgeordneten gemeinsam war die Betroffenheit über die Schilderungen von Gloria Holguín. Ziel müsse es sein, auch bei Importkohle ähnliche soziale und ökologische Standards zu erreichen, wie sie auch für deutsche Kohle gelten. Die Teilnehmer der Landeskongress lenkten den Fokus auf das Tariffreie- und Vergabegesetz aus NRW. Doch dieses Gesetz gilt allenfalls für die STEAG, an der die Kommunen mehrheitlich beteiligt sind, nicht jedoch für RWE und andere Konzerne. Das Fazit der Debatte: Die Kommunen müssen auf die STEAG Druck ausüben, damit Menschenrechte in Kolumbiens Kohle-Regionen Vorrang haben. ■

Mehr Informationen: Sebastian Rötters
Eine Welt Promotor für Klima- und Ressourcengerechtigkeit
Tel: 030 – 41 93 41 82 | www.power-shift.de

KOMMENTAR

Energiewende global

Der Ausstieg aus Atomkraft und Kohle sowie der Ausbau der Erneuerbaren Energien können nur dann globale Wirkung erzielen, wenn sie von vielen Ländern übernommen werden. Umso wichtiger ist der Beweis, dass einem führenden Industrieland wie Deutschland der Einstieg in diese Transformation gelingen kann. Die Innovationen aus der Energiewende verringern die Kosten für den Umstieg in anderen Teilen der Welt radikal. Schon jetzt sind Wind- und Solarenergie viel günstiger als neue Kohlekraftwerke. Die Energiewende muss zunächst europäisiert werden. Dies macht sie preiswerter und erfolgreicher. Ein europäisches Investitionsprogramm würde das ökonomische Gefälle in Europa lindern und einen spürbaren Beitrag zu mehr Klimaschutz leisten.

STEFAN ROSTOCK | Eine Welt-Promotor für Klima und Entwicklung | Germanwatch in Bonn



Europas Agrarpolitik: Krimi und Katastrophe

Der Stuttgarter Autor Wolfgang Schorlau war im Oktober 2013 unser Gast bei einer Veranstaltung in Münster. Sein Fazit nach seinen Recherchen in der Agrar-Industrie ist eindeutig: „Die Fleischindustrie hat sich ihren miserablen Ruf hart



erarbeitet. Die Wirklichkeit ist noch schrecklicher als meine Phantasien.“ Schorlaus Kriminalroman „Am zwölften Tag“ dringt tief ein in das System und die Praktiken der Massentierhaltung. Die Fleischindustrie profitiert massiv von der europäischen Agrarpolitik, die 40 % des EU-Budgets ausmacht. Europas Fleischberge sind nur durch Importe von Futtermitteln möglich. In den Anbauländern wird so das Ackerland für die direkte Nahrungsmittelherzeugung blockiert. Hunger und Landvertreibung sind die Folge. Die europäische Agrarpolitik setzt allein auf Masse. Wolfgang Schorlau prangert das an: „Die Tiere, die für diese Industrie ihr Leben lassen, werden vom ersten bis zu ihrem letzten Tag systematisch gequält.“ Doch sein Buch beschränkt sich nicht auf den Tierschutz. Noch empörender sind die an

Sklaverei grenzenden Arbeitsbedingungen der Menschen; und zwar nicht in fernen indischen Steinbrüchen, sondern in deutschen Schlachtfabriken. „Die Fleischindustrie hat es geschafft, nahezu unbemerkt in Deutschland eine Billiglohnhöhle für Arbeitsmigranten aus Rumänien und Bulgarien zu schaffen, in der sie die extreme Überausbeutung dieser Menschen organisiert.“ Schorlaus Vorwürfe gehen noch weiter: „Die Fleischindustrie etabliert in Deutschland mafiose Strukturen und fördert die organisierte Kriminalität, denn es sind häufig dieselben Schlepperringe, die Frauenhandel mit Osteuropa betreiben, die nun ihr Portfolio um den Handel mit Arbeitskräften erweitert haben.“ ■

Buchtipps: Wolfgang Schorlau. Am zwölften Tag.



„Wir haben es satt!“

Diese Bewegung engagiert sich für eine bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft und für gutes Essen. Zum Bündnis gehören über 100 Organisationen, darunter Entwicklungsorganisationen, Bäuerinnen, Imker und Naturschützer. Am 18. Januar 2014 zogen sie mit 30.000 Menschen vor das Kanzleramt in Berlin und forderten einen Kurswechsel in der Agrarpolitik. Statt weiterhin Politik für die Agrarindustrie zu betreiben, solle sich die Bundesregierung für eine soziale, tiergerechte und ökologische Agrarwende einsetzen.

„Wer Megaställe genehmigt und subventioniert, wer auf Export und Freihandel setzt und dann auch noch darüber nachdenkt, Gentech-Pflanzen auf Europas Äckern zuzulassen, der lässt die Bäuerinnen und Bauern im Stich und handelt gegen die Interessen von VerbraucherInnen, Tieren und Umwelt“, sagt Jochen Fritz vom „Wir haben es satt!“-Bündnis. „Wir erwarten von der neuen Bundesregierung eine Landwirtschaftspolitik, die das Arten- und Höfesterben stoppt und den Hunger in der Welt bekämpft.“

Die Bewegung kritisiert besonders das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP). „Hinter verschlossenen Türen verhandelt die EU-Kommission über ein Freihandelsabkommen, das Bauern und Verbrauchern gleichermaßen schadet. Die große Mehrheit der Menschen will keine Chlorhühnchen, kein Hormonfleisch und keine Gentechnik durch die Hintertür.“ ■

Endlich den Sand aus dem Getriebe blasen!

Die Brüsseler EU-Behörden wollen zwar die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft stärken, doch ihre Programme schließen durch technokratische Bedingungen und bürokratische Hürden kleine und spezialisierte NGO aus. Zudem schwächen undurchsichtige und langsame Entscheidungsprozesse der Kommission den zivilgesellschaftlichen Elan. Entwicklungspolitische Organisationen erwarten von den neuen EU-Parlamentarier/innen, dass sie bei der Kommission auf Verbesserungen drängen: nötig sind mehr Transparenz, mehr Mitsprache des Parlaments und der Zivilgesellschaft und vor allem viel weniger Bürokratie. Außerdem sollen die Parlamentarier sich dafür einsetzen, dass die entwicklungspolitische Bildungs- und Kampagnenarbeit stärker als bisher von der EU gefördert wird. ■



Der Weltgarten ist das Bildungsprojekt des Eine Welt Netz NRW mit den größten Besucherzahlen. Bis Oktober 2014 ist unsere Ausstellung zur globalen Nachhaltigkeit im Kölner Zoo zu sehen. Unbürokratischere Fördermittel der EU könnten mehr solcher Projekte ermöglichen.



Die neuen EU-Parlamentarier sollen sich im Interesse der ärmeren Länder für eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte einsetzen. Anzustreben ist auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die auch der Entwicklungs- und Klimafinanzierung dienen soll.



Auf diesem Markt in Monrovia landet ein Teil von einer Million Kilogramm Hähnchenreste, die aus Deutschland nach Liberia kommen. Das ZDF hat sie im März 2014 getestet: kein einziges Teil war für den Verzehr geeignet. „Wer tiefgefrorenes Fleisch in Länder ohne Kühlkette verkauft, der nimmt bewusst in Kauf, dass die Menschen dort ernsthaft krank davon werden. Das muss aufhören!“ so Francisco Mari von Brot für Welt.

Weltweit leben etwa 600 Millionen Kinder in Armut. Die Parlamentarier sollen sicherstellen, dass Kinderrechte systematisch im EU-Menschenrechtsdialog mit Drittländern angesprochen werden. Kinderrechte gehören in alle Handelsabkommen und in alle Diskussionen zu den „Post 2015“-Entwicklungszielen.



KOMMENTAR

Europa muss umsteuern!

Milchpulver, Hühnerreste und Schweinefleisch, die in Massen von Deutschland und der EU exportiert werden, sind so billig, dass Bauern in Afrika damit nicht konkurrieren können. Auch unsere Soja-Importe als Futtermittel für die massenhafte Fleischproduktion gehen auf Kosten der Armen in den Herkunftsländern. Riesige Flächen von wertvollem Ackerland werden für die Sojaproduktion genutzt, die dann für den Anbau von Lebensmitteln fehlen. Menschen werden von ihrem Land vertrieben. Pestizide für die anfälligen Monokulturen vergiften Menschen, Tiere und die Umwelt.

KERSTIN LANJE | MISEREOR



Öko-faire Berufskleidung bei der FA!R in der Messe Westfalenhallen Dortmund

Neue Anreize für Faire Beschaffung

Im März 2014 trat eine neue EU-Richtlinie in Kraft, nach der öffentliche Einrichtungen Anbieter bevorzugen können, die bei der Produktion faire Arbeitsbedingungen einhalten und ökologische Kriterien berücksichtigen. Öffentliche Einrichtungen in Deutschland kaufen jährlich für rund 480 Milliarden Euro ein, über die Hälfte davon in Verantwortung der Kommunen. Obwohl Zivilgesellschaft und Teile des Europäischen Parlaments dagegen interveniert haben, erlaubt die EU-Richtlinie, allein nach dem billigsten Preis zu entscheiden. „Damit fördert die Richtlinie weiterhin auch die Geiz-ist-geil-Mentalität vieler Beschaffer – auf Kosten von Mensch und Natur“ beklagt Johanna Fincke von der Christlichen Initiative Romero aus Münster. Die Bundesregierung muss die Vorgaben der EU nun umsetzen. Die Zivilgesellschaft muss weiter Druck ausüben, damit dies im Sinne der Menschenrechte geschieht. Damit Kommunen sich global verantwortlich verhalten, braucht es politischen Druck ebenso wie aktive Unterstützung. ■

Mehr Informationen: *Angela Schmitz*

Eine Welt Netz NRW | Projekt „Sozial gerechte Vergabe konkret in NRW“

Tel. 02 11 - 87 59 2 -779 | angela.schmitz@eine-welt-netz-nrw.de

www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/1994

www.cora-netz.de

www.newtrade-nrw.de

Weltweit sind Frauen von sexueller Gewalt betroffen. Die neuen EU-Parlamentarier sollen sich dafür einsetzen, dass in der Entwicklungszusammenarbeit der EU mehr Massnahmen gegen Gewalt an Frauen gefördert werden.



KOMMENTAR

Städte brauchen kulturelle Vielfalt

Kulturelle Vielfalt ist eine Herausforderung: Kultureinrichtungen müssen neue Wege finden, um erfolgreich bei dem gesellschaftlichen Wandel „mitzugehen“. Dies schließt ein, dass sie aktiv den Dialog mit den unterschiedlichen Communities in ihren Städten suchen. Denn letztendlich geht es um die interkulturelle Öffnung der Kultureinrichtungen. Künstler nicht-deutscher Herkunft kritisieren zu Recht, dass ihr künstlerisches Schaffen häufig auf ihre Herkunft reduziert wird – die ihnen zudem oft einfach zugeschrieben wird. Das geschieht zum Beispiel dann, wenn man glaubt, dass ein türkisch-deutscher Regisseur „türkisches Theater“ mache und eine afro-deutsche Malerin „afrikanische Bilder“ male. Die Veranstalter interkultureller Aktivitäten in Kommunen brauchen eine Sensibilität für die Forderung vieler Künstler nach einer diskriminierungsfreien Kulturpraxis.

TINA JERMAN | EXILE-Kulturkoordination e.V., Essen

Beratung und Informationen: *Tina Jerman*

Promotorin für Kultur und Entwicklung

Tel. 02 01 - 74 79 88 0 | tina.jerman@exile-ev.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Eine Welt Netz NRW e.V.

Achtermannstr. 10-12 | 48143 Münster | Tel. 02 51 - 28 46 69 0

Texte: Manfred Belle und genannte Autoren

Fotos: Die Auslöser, Berlin (S.1 o., S.6 m.), Xavier Häpe (S.1 u.), Florian Kopp / Brot für die Welt (S.2 o., S.4 m.), Frank Schultze / Brot für die Welt (S.2 u., S.3 o.), Norbert Neetz / Brot für die Welt (S.3 u.), attac (S.4 o.), Sebastian Rötters (S.5 o.), Anwaltskollektiv José Alvar Restrepo (S.5 o. kl.), Ralf Emmerich (S.5 m.), Germanwatch (S.5 u.), Bettina Fürst-Fastré (S.6 o.), Peter Wattendorff (S.7 o.), Francisco Mari, Brot für die Welt (S.7 m.), Messe Westfalenhallen Dortmund (S.8)

Gestaltung: Lütke Fahle Seifert AGD

Druck: CariPrint Caritas Werkstatt | Köln

gedruckt auf Circle Offset (100% Altpapier)

Stand: April 2014

Gefördert vom Land Nordrhein-Westfalen aus Mitteln des Programms zur Förderung entwicklungspolitischer Informationsarbeit (EPIB)

Mehr Informationen zu den Themen dieser Ausgabe finden Sie hier:

www.eine-welt-netz-nrw.de

Wenn Sie diesen Projektbrief weitergeben möchten, schicken wir Ihnen gerne weitere Exemplare zu.

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen

